

Perspektiven europäischer Solidarität

Aus Sicht der katholischen Sozialethik



Ingeborg Gabriel

Massenarbeitslosigkeit, steigende Staatsverschuldung, Verschlechterung der sozialen Lage in etlichen Mitgliedsländern – das ist der Hintergrund, auf dem die Europäische Union ihre politische Integration voranbringen und Strukturdefizite überwinden will. Im folgenden Beitrag werden eine Reihe von Impulsen zu der Frage benannt, wie sich dabei jene Solidarität verwirklichen lässt, die der Vertrag von Lissabon als einen zentralen Wert des europäischen Einigungsprozesses bezeichnet. Hierzu gehören u. a. die Erkenntnisse, dass das nationale Gemeinwohl von transnationalen Rahmenbedingungen abhängig ist, dass den sozialen Rechten eine gleichrangige Bedeutung zukommt gegenüber den Freiheitsrechten, etwa dem Recht auf Privateigentum, dass der Wettbewerb als Triebfeder einer modernen Wirtschaft auf starken sozialen Grundlagen beruhen muss. Entsprechende kirchliche Stellungnahmen finden bisher zu wenig Resonanz; sie sollten die Radikalität der Konflikte und sozialen Umbrüche sowie die widerstrebenden Kräfte deutlicher beim Namen nennen

Die soziale Lage in Europa ist in höchstem Maße beunruhigend. In vielen Ländern Europas stehen die Zeichen sozial auf Sturm. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und damit auch der Solidarität spielen daher gerade heute eine zentrale Rolle. Dies ist auch die Ansicht nüchtrner Zeitgenossen. So sieht laut einer Umfrage des Weltwirtschaftsforums Davos vom Februar 2014 unter eintausend Meinungsführern die Mehrheit die größte Zukunftsfahr in Sozialrevolten gegen Ungleichheit, Armut und Exklusion.¹

Eine Vielzahl von Krisen fordert die (europäische) Politik heraus

In fast allen Ländern Europas haben sich die sozialen Unterschiede in den letzten Jahren verschärft – in vielen gravierend. Es sind neue soziale Bruchlinien entstanden – sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern Europas, wobei schematisch von einer Nord-Süd und einer (allerdings älteren) West-Ost-Linie gesprochen werden kann. Zugleich ist freilich zu sehen, dass Irland sowie das erste Land mit einer Bankenkrise, Island, im Norden liegen, und die baltischen Staaten

Nach dem Rausch der Roaring Nineties² und dem Brüchigwerden des bis 2008 tief verankerten Glaubens an wirtschaftlichen Fortschritt durch globale Marktliberalisierung, stehen die westlichen Gesellschaften vor beachtlichen sozialen sowie ethischen Orientierungsfragen. Die Frage nach Bedingungen und Möglichkeiten von Solidarität stellt sich so in neuer Weise auf nationaler wie internationaler und europäischer Ebene, wobei letztere im Folgenden den Fokus bildet.

sowie Polen wirtschaftlich und sozial besonders stabil sind.

Die beiden Hauptgründe für die Verschlechterung der sozialen Lage in den letzten Jahren sind eine gras-

sierende Massenarbeitslosigkeit sowie der Abbau sozialer Leistungen der öffentlichen Hand aufgrund steigender Staatsverschuldung. So betrug nach dem EU-Sozialbericht von 2014 die Arbeitslosenquote im EU-Raum rund 11%. In den am meisten betroffenen Ländern lag sie jedoch wesentlich höher: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung war hier ohne Arbeit, bei Jugendlichen waren es vielfach über 50% – und dies seit mehreren Jahren. Zugleich nimmt der Prozentsatz an schlecht bezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen stetig zu (*working poor*), wobei ein Wechselverhältnis zwischen hohen Arbeitslosenraten und schlechten Arbeitsbedingungen besteht. Beides zusammen – Arbeitslosigkeit und schlechte Arbeitsverhältnisse – führt dazu, dass gegenwärtig ungefähr 25% der Bevölkerung in der EU in Armut leben.³ Von den vielen Beispielen für

¹ Vgl. <http://www.welt.de/wirtschaft/article121913417/Die-globale-Elite-fuerchtet-den-Aufstand-der-Massen.html> (abgerufen am 13.03.2014).

² Vgl. Stiglitz, Joseph (2003): *The Roaring Nineties: A New History of the World's Most Prosperous Decade*, New York.

³ Vgl. den soeben erschienenen Bericht von Caritas Europe, (ed.): *The Crisis and Its Human Cost. A Call for Fair Alternatives and Solutions. A Study of the Impact of the Crisis and Austerity on People, with a Special Focus on Cyprus, Greece, Ireland, Italy, Portugal, Romania and Spain (Crisis Monitoring Report 2014)* (www.caritas.eu/about-caritas-europa/publications [abgerufen am 30.03.2014]).